

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tagesblatt

Druckanstalt
Tagesblatt Rieser,
Grenzstr. 22,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Wiesden 1590.
Strohkasse:
Rieser Nr. 52.

Nr. 286.

Dienstag, 9. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschriftgröße (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Abmachung erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegeranstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzschauer 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Vertagung oder ...?

Nach der Sonnabend-Abstimmung konnte die Regierung aufatmen. Aber sehr schnell zog sich eine neue und drohende Wolke zusammen. Am Mittwoch soll der Außenminister gestellt werden, man will über Außenpolitik sprechen und darüber abstimmen, ob Dr. Curtius das Vertrauen des Hauses genießt. Die Regierung sucht diese Verhandlung und die Abstimmung über das Mißtrauensvotum zu verhindern, sie will den Reichstag heute bereits und zwar bis tief in den Januar vertagen. Die Geschäftsordnungsdebatte wird heute daher von entscheidender Bedeutung sein. Und es hat den Anschein, als ob diesmal sich nicht so leicht eine Mehrheit findet, die mit der Regierung geht.

In den außenpolitischen Fragen bildet sich eine stärkere Rechtsfront. Wir haben gehört, daß außer den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und den Kommunisten der Christliche Volksdienst und die Treuarbeitergruppe sich die jetzige Außenpolitik nicht bieten lassen wollen. Hierzu kommen der Landvolk, das Landvolk und die sechs Volksparteien. Schließlich weiß man nicht, ob die Deutsche Volkspartei geschlossen und für die Regierung bleibt. Die Parteien, die für eine Mißtrauensmehrheit zu haben sind, werden sich schon heute bei der Festlegung der Tagesordnung zu entschließen haben. Und aus den heutigen Abstimmungen kann man — wenn die Reichstagsvertagung unterbleibt — ruhig annehmen, daß am Mittwoch eine Mehrheit gegen die Außenpolitik den Außenminister zu Fall bringt. Damit ist die Regierung selbst nicht bedroht, weil sie wahrscheinlich nicht die Konsequenzen aus der Niederlage des Außenministers ziehen würde, aber auch nicht ziehen braucht. Aber ihre Position wäre von neuem erschwert, weil sie gestungen wäre, die Beschlüsse durchzuführen, die bereits im Vorauswärtigen Ausschuss angenommen, im Reichstage bestätigt, eingreifende Maßnahmen in der Außenpolitik fordern.

Die Klagen gegen die Außenpolitik sind ja seit langem bekannt. Das kommt daher, weil Curtius tatsächlich wenig Aktivität gezeigt hat und immer wieder Zurückhaltung predigte, bis der günstige Augenblick gekommen sei. Es wird behauptet, der Außenminister habe den günstigen Augenblick wiederholt verpaßt. Und weniger die Politik nach dem Westen, mehr das Verlangen gegen Polen wird dem Außenminister zum Vorwurf gemacht. Die letzten polnischen Vorgänge werden bei deutschen Juristen und nachsicht in die Schuhe geschoben. Die Anträge richten sich auch in der Hauptsache gegen Polen und wollen in der deutschen Außenpolitik Klarheit bringen.

Darüber hinaus freilich werden immer wieder die Reparations- und Währungsprobleme berührt, die, sobald eine neue außenpolitische Mehrheit aufkommt, von Deutschland aktiv verfolgt werden sollen. Es läßt sich nicht sagen, wie das Ausland auf die so nachdrücklich geforderte deutsche aktive Außenpolitik reagiert. Jedenfalls wird man bei den heutigen Abstimmungen im Auslande mit gleichem Interesse gegenübersetzen, wie wir. Ein neuer Kurs kann von der Außenpolitik auf die Innenpolitik übergehen. Der Opposition liegt es daran, erst einmal in einer wichtigen Frage eine Mehrheit zusammen zu bringen. Erkennt diese Mehrheit, daß sie den richtigen außenpolitischen Weg wies, so wird sie nicht zagen, auch in der inneren Politik sich zusammen zu finden und neue Ziele verkünden, die bisher als gewagte Experimente verschrien werden.

Die Gehaltsstürzung in Sachsen.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat das Gesamtministerium unter dem 8. Dezember in enger Einberufung an die für die Reichsbeamten getroffene Regelung für Sachsen bestimmt, daß die Dienstbezüge der Beamten des Staates und der Gemeinden, der Lehrer und der Beamten der unter Staatsaufsicht stehenden Körperschaften, Klassen und Stiftungen des öffentlichen Rechts vom 1. Januar 1931 ab um sechs Prozent gekürzt werden. Das Gleiche gilt für die Versorgungsbezüge der Beamten im Ruhestand und der Hinterbliebenen. Personen mit einem Einkommen unter 1500 RM jährlich sind von der Kürzung befreit.

Die Dienstbezüge und Dienstverwandtschaftsverbindungen der Minister werden nicht nur um sechs, sondern um zwanzig Prozent gekürzt. Die sächsischen Minister haben übrigens bereits vom 1. Oktober 1930 ab auf diesen Teil ihres Gehalts freiwillig verzichtet.

Nationalsozialisten verlangen Abberufung des Grafen Bernkorf.

Berlin. (Funkpruch.) Die Nationalsozialisten haben in einer Interpellation im Reichstag aus, daß der Auswärtige Ausschuss am 2. Dezember die sofortige Abberufung des deutschen Vertreters in der Vorbereitenden Abberufungskommission in Genf gefordert habe. Diese Abberufung sei noch immer nicht erfolgt. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, den Grafen Bernkorf nunmehr unverzüglich abberufen zu lassen. Weiter soll die Regierung erklären, ob sie gewillt sei, bei weiterer Sabotierung der Abberufung und sonstigen Vorgängen der Mehrheit des Völkerbundsrats den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde zu erklären.

Neue Schwierigkeiten für das Kabinett Brüning?

Eine gemeinsame Oberschieffentendenz aller Parteien beantragt.

Berlin. Die Pause in den Reichstagsverhandlungen am Montag ist von den Parteien und auch den Regierungsstellen zur Klärung der tatsächlichen Lage für die bevorstehenden Beratungen benutzt worden. Es galt vor allem für den Kanzler, festzustellen, ob er im Reichstag eine Mehrheit gegen die im jetzigen Augenblick unerwünschte außenpolitische Debatte finden werde. Es ist bekannt, daß mit dem Kanzler vor allem auch der Reichsaussenminister eine solche Debatte vor Weltmächten zu vermeiden wünscht. Den Plänen der Reichsregierung würde es entsprechen, wenn der Reichstag sich bereits heute Dienstag bis Anfang Februar vertage. Zu den Oppositionsparteien, die einen Ansturm gegen Minister Curtius und damit das Reichskabinett vor allem mit den bolschewistischen Terrormaßnahmen gegen die deutsche Minderheit begründen wollen, scheint sich in diesem Falle nun aber auch der Christlich-Soziale Volksdienst gesellen zu wollen. Das Nachrichtenbüro des VVD hat bereits heute gemeldet, daß noch am Dienstag der Volksdienst die Vorlegung eines Mißtrauens-Antrages gegen Dr. Curtius beschließen wolle. Allerdings sind die Meinungen hierüber innerhalb der 21 Mann umfassenden Fraktionsgemeinschaft nicht einhellig. Man vertritt sich daher in Regierungskreisen erfolgreiche Abwehr des neuen Vorstoßes durch Verhandlungen mit dem Fraktionsführer des Volksdienstes, Abg. Stimpfendorfer. Wie das Nachrichtenbüro in Kreisen des Volksdienstes hört, besteht aber die Mehrheit dieser Partei auf einer Aktion gegen Curtius, so daß, vorausgesetzt, daß nicht eine andere Gruppe, etwa die Wirtschaftspartei, diesmal der Regierung helfen würde, die Situation für Herrn Curtius als kritisch bezeichnet werden dürfte. Der Reichskanzler empfing am Montag den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey. Dieser Empfang soll schon seit längerer Zeit geplant gewesen sein. Herr Dingeldey dürfte dem Kanzler seine auch in öffentlichen Reden dargelegte Meinung über die Stabilisierung des Kabinetts nach rechts hin vorgetragen haben.

Die Christlich-Sozialen beim Reichskanzler.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des VVD, meldet, empfing Reichskanzler Dr. Brüning heute Dienstag vormittag als Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes die Abg. Stimpfendorfer, Stuppel und von Einbeiner-Wilhan. Dieser Zusammenkunft kommt deshalb besondere große politische Bedeutung zu, weil der Reichskanzler dabei den Versuch unternahm, den Volksdienst davon zu überzeugen, daß ein außenpolitischer Vorstoß, sei es in Form einer Debatte oder Mißtrauensvotum gegen Dr. Curtius im jetzigen Augenblick für die Interessen der Reichspolitik außerordentlich unerwünscht sei. Sollte die Vespredung den vom Reichskanzler erwünschten Erfolg haben, dann dürfte damit zu rechnen sein, daß der Reichstag heute keine letzte Plenarsitzung vor den Weihnachtsferien abhält. Zu gleicher Zeit war der Christlich-Soziale Volksdienst im Reichstag zur Fraktionsführung zusammengetreten, in der die Beratung und Beschlußfassung über einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaussenminister den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete. Auch mehrere andere Fraktionen hielten schon am Vormittag Sitzungen ab und das Gesamtbild gelte wieder die Merkmale eines großen politischen Tages, der für das Schicksal der Reichsregierung von enormer Bedeutung sein kann.

Unter diesen Umständen würde selbst dann, wenn die Führer den Kanzler heute vormittag Zusagen machten, noch keineswegs sicher sein, ob der Antrag von der Fraktionsmehrheit auch wirklich fallen gelassen wird. Die Argumentation der Christlich-Sozialen richtet sich dabei keineswegs gegen Dr. Brüning, sie behauptet im Gegenteil, seine Politik durch den Anstoß zu einer Umbildung des Kabinetts gerade fördern zu wollen. Wie die Dinge liegen, hat es gar keinen Sinn, den Ausgang zu prophezeien.

Man wird abwarten müssen, wie die Gründe des Kanzlers auf die Christlich-Sozialen wirken. Dabei spielen vor allem die Oberschieffentendenzen eine Rolle.

Es sind nämlich Bestrebungen im Gange, die Bemühungen der deutschen Außenpolitik um einen wirksamen Schluß der deutschen Minderheit in Deutschland durch eine einträchtige Fundgebung aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten zu unterstützen. Zweifellos hätte eine solche einmütige Erklärung, die sich über die innerpolitischen Differenzen hinwegsetzen würde, eine starke Wirkung auf das Ausland. Ihre Ausföhrung werden aber gefährdet, wenn die deutsche Einheitsfront durch ein Mißtrauensvotum oder gar den Sturz des Außenministers gefährdet würde. Schon deshalb hofft man in unterrichteten Kreisen, daß es den heutigen Bemühungen doch gelingen möge, die außenpolitische Debatte zu verhindern.

Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes beantragt einen Gesetzentwurf über den Schluß der christlichen Feiertage. Danach sollen diejenigen christlichen Feiertage, die am 11. August 1919 in den Ländern gesetzlich festgesetzt waren, reichsgesetzlich festgesetzt werden. Außer den Sonntagen werden reichsgesetzlich anerkannt der 1. und 2. Weihnachtstag, der Karfreitag, der Ohermontag, der Silvestertag, der Pfingstmontag und der Neujahrstag.

Soweit der Duktus nach dem Vorderecht staatlich anerkannter Feiertage war, soll er gleichfalls reichsgesetzlich anerkannt werden. Dann soll aber auch der 31. Oktober (Reformationstag) als Feiertag gelten. Ebenso soll der Fronleichnamstag gesetzlich anerkannt werden, wo er früher staatlich anerkannt war.

Einen Gesetzentwurf über die Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstes verlangt der Christlich-Soziale Volksdienst in einem Schreiben im Reichstag vorgelegten Antrage.

Anträge im Reichstag.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat beantragt, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen zur Nachprüfung der Verwendung und des Erfolges der für Einheitspreise zur Verfügung gestellten, sowie der für Marktstützung, Marktforschung und Absatzförderung aufgewendeten Reichsmittel.

Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei hat mit Unterstützung der Volksparteien eine Änderung der Fristen für die Kündigung von Angestellten beantragt. Danach soll sich die Kündigungsfrist nach einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren auf 4 Monate, nach einer solchen von zehn Jahren auf 5 Monate, bei zwölf Jahren auf 6 Monate, bei 15 auf 7, bei 18 auf 8, bei 20 auf 9, bei 25 auf 10, bei 30 auf 11 und nach einer Beschäftigungsdauer von 30 Jahren auf 12 Monate erhöhen. Ferner soll bestimmt werden, daß die Kürzung des Entgelts nur unter Beachtung der vorgezeichneten Kündigungsfrist zulässig ist. Entgegenstehende Vereinbarungen sollen mit Ausnahme von tarifvertraglichen Regelungen nichtig sein. Die gleichen Bestimmungen beantragen eine Reform des sozialen Zahlensystems, die Zulassung von Erlassenen für die Arbeitslosenversicherung und Maßnahmen zur Unterbringung von Heilungslosen älteren Angehörten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion legt eine große Zahl von Anträgen vor, in denen Steuerwünsche und Wünsche auf Änderung der Rechtsverordnung zum Ausdruck gebracht werden. So wird beantragt, zur Verfolgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen Fleisch wieder jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Geflügelfleisch zollfrei zur Einfuhr zuzulassen. Ferner wird verlangt, daß die erhöhte Umsatzsteuer für Warenhäuser, Konsumvereine und ähnliche Großbetriebe am 1. Januar 1931 aufgehoben wird. Ein Gesetzentwurf verlangt die Öffnung der Steuerlisten, ein anderer eine Reform der Erbschaftsteuer. Die Zuschläge zur Einkommensteuer bei Einkommen von mehr als 8000 RM. sollen nach einem weiteren Antrag von 5 auf 10 Prozent erhöht werden. Einen Aufschlag von 20 Prozent zur Einkommensteuer sollen Aufsichtsratsmitglieder zahlen. Ferner wird die Aufhebung des Mineralwassersteuergesetzes gefordert, ebenso eine Herabsetzung des Zuckersolls. Wie die deutschnationale Fraktion auch die sozialdemokratische Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Roggenzulassung. Weitere Anträge verlangen Änderungen der Bestimmungen der Rechtsverordnung über das Protokoll, den Gerstenzoll und die Verwendung tierischer Fette.

Nationalsozialistische Reichstags-Interpellationen.

Berlin. Im Reichstag ist eine Interpellation der nationalsozialistischen Fraktion eingegangen, in der darauf hingewiesen wird, daß die englische Regierung seit längerer Zeit die Einverleibung der unter Völkerverbundmandat gestellten Kolonie Deutsch-Ostafrika unter dem Namen Tanganyika-Territorium in den englischen Kolonialbesitz vorbereitet. Es wird erklärt, daß Deutsch-Ostafrika unsere bestentwickelte Kolonie gewesen sei, die nach Bodenreichtum und Mineralreichtum die größten Zukunftsaussichten in sich birge. Das sei ein beargwöhnlicher Grund für die Bestrebungen Englands, aber auch ein umso härterer Grund für Deutschland, sich diese wertvolle Kolonie nicht widerstandslos rauben zu lassen. Die Reichsregierung wird gefragt, welche Schritte sie zu tun gedente, um die geplante Einverleibung des bisherigen Mandats in das britische Kolonialreich zu verhindern.

In einer weiteren nationalsozialistischen Interpellation wird auf den Art. 8 der Völkerverbundfassung aufmerksam gemacht, in dem es u. a. heißt, daß die vom Völkerverbund vorbereiteten Pläne für eine im Interesse der Wahrung der Friedensfordernde Abberufung der Mitgliedstaaten, soweit erforderlich, mindestens alle zehn Jahre revidiert werden müßten. Im englischen Text fehle der Zusatz „soweit erforderlich“. Es wird erklärt, daß, obwohl bereits elf Jahre seit Unterzeichnung des Friedensvertrages verlossen seien, noch keine Berichtigungspläne aufgestellt wurden. Es stelle sich vielmehr klar und deutlich heraus, daß der zur „Vorbereitung“ eingeföhrte Ausschuss keinen anderen Zweck verfolge, als das Zustandekommen dieser Pläne zu sabotieren. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, auf beschleunigte Vorlage dieser Pläne, gekürzt auf Art. 8 der Völkerverbundfassung, und die mittlerweile eingetretene schwere nationale Geföhrdung Deutschlands, beim Völkerverbund zu dringen.